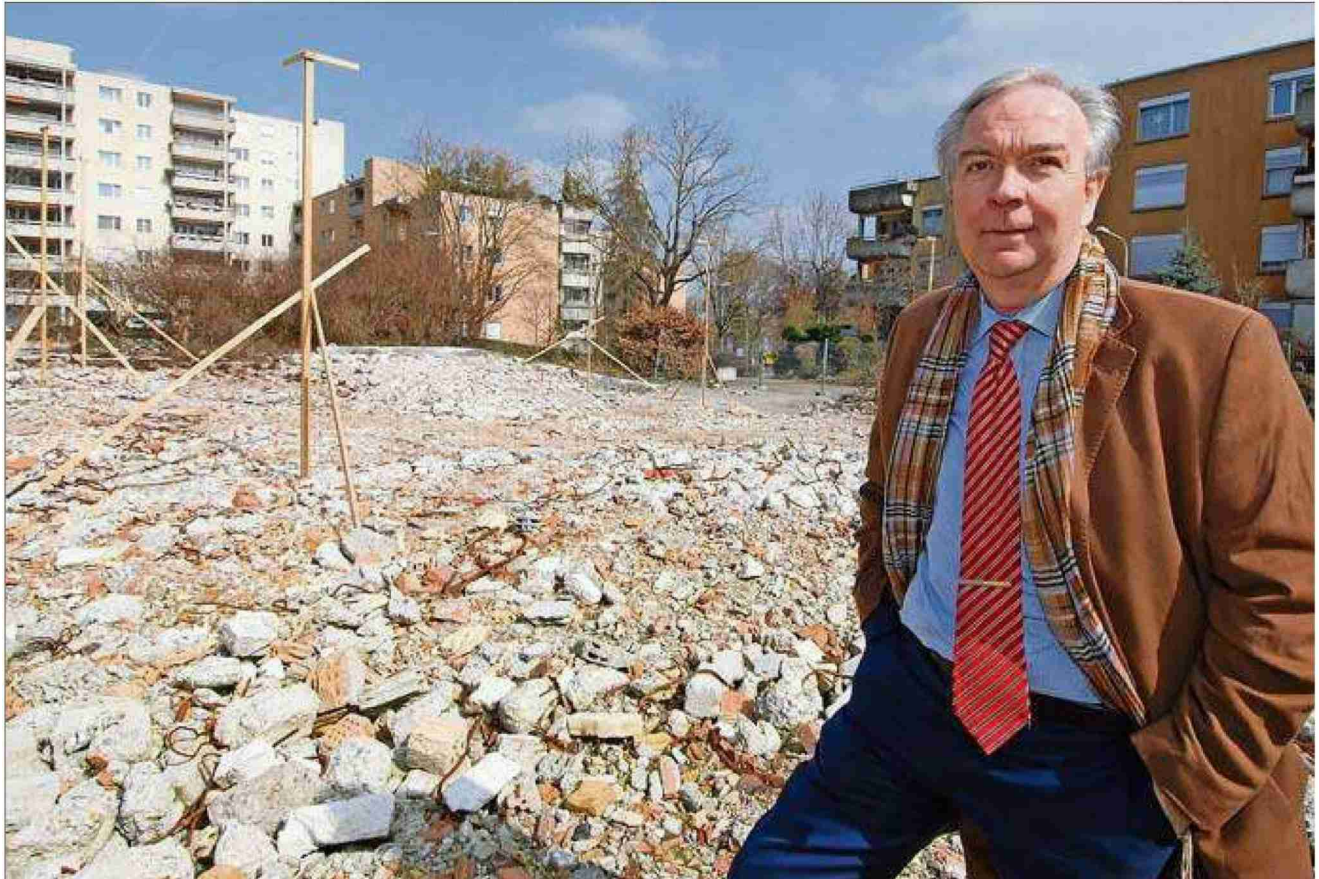




Lokalinfo AG  
 8048 Zürich  
 044/ 913 53 33  
 www.lokalinfo.ch

# Baugenossenschaft baut für Asylbewerber



«Vorbildlich»: Albert Leiser lobt das Pilotprojekt, das die Baugenossenschaft Zurlinden realisieren will. Foto: ho.

*Die FDP möchte, dass Baugenossenschaften 5 Prozent ihrer Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Bereits jetzt lanciert die Baugenossenschaft Zurlinden ein Pilotprojekt : Sie stellt in Albisrieden Holzhäuser auf, die die AOZ für Asylbewerberfamilien nutzen kann.*  
**Thomas Hoffmann**

An der Bachwiesenstrasse in Albisrieden plant die Baugenossenschaft Zurlinden einen Ersatzneubau. Bis die neue BZO in Kraft tritt, will sie das Land nicht unbenutzt lassen. Präsident Urs Frei ist in Deutschland an einer Holzbaufirma beteiligt, die Flüchtlingsboxen herstellt. «Die könnten wir auch in der Schweiz einsetzen», überlegte sich Frei. Da die Anwohner in Albisrieden wünschen, dass Familien einziehen, stellt man der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) zwei Holzhäuser für zwei Familien mit je fünf Personen zur Verfügung.

«Wir erstellen das Fundament und die Bauten, die AOZ kommt für die Miete der Bewohner auf», erklärt Urs Frei. Er rechnet damit, dass das Projekt für die Baugenossenschaft Zurlinden (BGZ) kostenneutral sein wird, das Land stelle man gratis zur Verfügung.

**«Der Stadt etwas zurückgeben»**

«Unsere Idee ist es, dass die Genossenschaften in der Stadt Zürich einen Beitrag im Asylbereich leisten sollen», betont Frei. Schliesslich profitiere man als Genossenschaft von vielen Vorteilen wie Land im Baurecht



Lokalinfo AG  
 8048 Zürich  
 044/ 913 53 33  
 www.lokalinfo.ch

oder Nachgangsdarlehen. «Mit diesem Pilotprojekt können wir der Stadt etwas zurückgeben.»

Wenn kein Rekurs ergriffen wird, könne die BGZ Anfang April mit der Planung beginnen und die Holzhäuser bis Ende Juni aufstellen. Wahrscheinlich werde AOZ sie für etwa ein Jahr benutzen können, bis man mit dem Neubau beginne. «Dann können wir die Holzhäuser in einem Tag abbauen und an einem anderen Ort in einem Tag wieder aufstellen», stellt Präsident Urs Frei in Aussicht.

Die BGZ, die 1923 gegründet wurde und 1470 Wohnungen in Zürich und Umgebung besitzt, ist keine gewöhnliche Baugenossenschaft: Die rund 50 Genossenschaftsmitglieder sind vorwiegend kleine und mittlere Betriebe aus der Baubranche sowie die Stadt Zürich.

**«Asylbewerber eng begleiten»**

«In diesem Familienquartier werden sich Familien wohlfühlen», meint FDP-Gemeinderat Albert Leiser und lobt das Pilotprojekt der BGZ. Wichtig sei jedoch, dass die Asylbewerber von der AOZ eng begleitet werden. In der Stadt gebe es leider nur wenig stadtfreie Wohnungen, weiss der Direktor des Hauseigentümergeverbandes Zürich, umso vorbildlicher sei dieses

Projekt. Zentral ist für Albert Leiser, dass aus solchen Provisorien keine Providurien werden.

Genossenschaftswohnungen für Sozialhilfe-Empfangende, Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene ist auch das Thema einer FDP-Motion, die am Mittwochabend (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) im Gemeinderat behandelt wird. Ursula Uttinger und Severin Pflüger schlagen vor, dass Genossenschaften 5 Prozent ihrer Wohnungen für diese Menschen zur Verfügung stellen. In der Stadt Zürich beziehen etwa 5 Prozent der Bevölkerung Sozialhilfe, begründen Uttinger und Pflüger ihren Vorstoss, wobei ein beträchtlicher Anteil der Unterstützungsleistungen für Wohnkosten erfolge. Die beiden FDP-Gemeinderäte geben dabei auch zu bedenken, dass Sozialhilfebezügler und Asylsuchende teilweise in prekären Verhältnissen leben.

Der Zürcher Stadtrat lehnt die Motion ab, ist aber bereit, diesen Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Der geforderten starren 5-Prozent-Klausel stünden erhebliche rechtliche und organisatorische Probleme entgegen, schreibt der Stadtrat. Zudem gäbe es einen bürokratischen Mehraufwand und es würden Fehlanreize geschaffen.

**SVP-Petition:  
 «Keine Asylzentren  
 in Wohnquartieren»**

Die SVP der Stadt Zürich lancierte gestern Mittwoch eine Petition, in der sie vom Stadtrat fordert, dass die Bevölkerung vor Gewalt und Kriminalität geschützt wird und keine Asylzentren mitten in Wohnquartieren erstellt werden. «Die Asylbewerberzahlen steigen und steigen, die Aufnahmekapazitäten sind erschöpft», schreibt die SVP. «Still und heimlich fängt deshalb unser Stadtrat an, in Wohnquartieren neue Asylbewerberheime einzurichten», lautet der Vorwurf.

«Die besorgte Bevölkerung wird gar nicht gefragt, ob sie diese Entwicklung weiter ertragen will», betont SVP-Gemeinderat Samuel Balsiger aus Altstetten. Deshalb lanciere man nun diese Petition. (ho.)